Erscheint Mittwochs
Red.-Schluß Sonntag.

Vierteljährl. Abonnement
1,50 Goldmark.

Anzeigenpreis:
4-mm-Nonpareillezeile
(Nichtmitgl. ausgeschl.)
0,20 Goldmark.
Stellenanzeigen 3 Mark
die Zeile.

# Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher
und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Verantwortlicher Redakteur:
Gustav Weickert
Nürnberg.
Fernspr.-Anschl. 408
Verlagsbuchh. u. Redakt.:
Nürnberg 1,
Essenweinstraße 1, I
Zahlungen:
Postscheckkonto: 7989
Expedition „Der Schuhmacher" Nbg.

Nummer 13 | Nürnberg, den 25. März 1925 | 39. Jahrgang

## Reichspräsidentenwahl, Wirtschaft und Gewerkschaften.

Der erste Reichspräsident, Friedrich Ebert, ein Mann aus dem Arbeiterstand, aus einfachen Verhältnissen stammend, der aus der überprüfenden Kraft der Gewerkschaftsbewegung keine eitle Anregung empfangen und dauernd mit ihr im engsten Einvernehmen blieb, ruht in kühler Erde. Kaum hat der Tod diesen selbst sicheren und überlegenen Mann das Zepter aus der Hand genommen, geht das Gerausche um seine Nachfolgerschaft los. Klüngel, Gruppen, Parteien und Wirtschaftsverbände kapitalistischer Observanz, sind mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bemüht, einen der Ihrigen auf den Präsidentenstuhl des Deutschen Reiches zu bringen. Alle Register der Propagandakunst, von der schmutzigsten Verleumdung bis zur wissenschaftlich verbrämten Darstellungsmethode, werden wieder gezogen, um die breite Masse des Volkes dahren zu überzeugen, daß sie sich von den Ueberbleibsel der Revolutionsperiode endgültig frei zu machen haben. Die edle Buchdruckerkunst wird wieder mißbraucht, das Volk erstickt in einer Flut von Verhetzung und Papier.

Demgegenüber gilt es mit ruhiger Ueberlegung festzustellen, was bei dieser Wahl für die Wirtschaft, für die Gewerkschaftsbewegung und damit

**für die Arbeiterklasse auf dem Spiele steht.**

Gewisse Kapitalistenkreise haben sich bereits mit der republikanischen Staatsform abgefunden. Nur geht das Ziel dieser Großkapitalisten dahin die Republik ganz in ihre Hand zu bekommen, alle entscheidenden Posten mit Leuten ihres Schlages zu besetzen. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung", ein ausgesprochenes Organ der Schwerindustrie, drückt das deutlich aus. Sie schrieb in ihrer Nummer 57 vom 8. März folgendes:

„Es ist ja eine Irreführung großter Art, wen von der Linken immer gerufen wird: Die Republik ist in Gefahr! Die Republik, die Monarchie! Nein, es geht in Wirklichkeit um ganz etwas anderes. Es geht darum, den Staat mit neuem Geist zu erfüllen und den Novembergeist zum Teufel zu jagen. Ob Monarchie oder Republik ist dem gegenüber ja so nebensächlich . . ." Die deutsche Bourgeoisie hat sich in wesentlichen Teilen längst mit der Republik ausgesöhnt. Hat sie doch die Erfahrung machen können, daß es ihr in der Republik allenfalls geht, so daß sie selbst unter der Herrschaft des freiesten Wahlrechtes zur politischen Herrschaft kommen konnten. Durch Beiseiteschiebung einer unter der Monarchie mächtigen Junker- und Adelsklasse, ist die Bahn für die Bourgeoisie auf allen Gebieten frei gemacht. Heute herrschen sie als Konzern-Industriekapitäne, ausgestattet mit den Attribut einer vorherrschenden Wirtschaftsmacht, neben die selbst die alten Mächte des monarchischen Zeitalter's Kinderspiele waren. Als Zeitungskönige und Inhaber der Korrespondenzbureaus, die nach den Worten Georg Bernhards zu 85 Prozent in ihren Händen sind, vermögen sie die öffentliche Meinung zu beherrschen leiten und lenken sie Millionen Gehirne."

Was aber diesen Herren große Sorge bereitet, das ist der von den Gewerkschaften ausgeübende Einfluß der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Wirtschaftsleben. Diesen Einfluß zu brechen oder ihn auf ein Minimum herabzudrücken, sind sie mit allen Mitteln bestrebt. Dazu muß auch der politische Kampf herhalten.

**Die Gesetzgebung soll von allen Ueberresten der Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten befreit werden. Das ist das Ziel, das die privatkapitalistische Welt zu erreichen bestrebt ist.**

Die Besetzung des Reichspräsidentenpostens mit einem ihr genehmen Mann ist eine weitere Etappe auf diesem Wege.

Die staatsrechtliche Stellung des Reichspräsidenten wird meistens so umschrieben, daß sie mehr repräsentativer Natur sei. Dies kann in großen und ganzen als falsch bezeichnet werden. Gewiß ist für die Politik des Landes in erster Linie der von der Volksvertretung gewählte Reichskanzler verantwortlich. Aber man braucht sich nur der letzten Jahre zu entsinnen, um feststellen zu können, daß die Zusammensetzung der Regierung vielfach durch die Initiative des Reichspräsidenten stark beeinflußt war. Richtete sich doch der Bann der Rechten in den letzten Monaten in erster Linie gegen den Reichspräsidenten, weil er seinen der Ihren zur Kabinettsbildung berief.

**Von diesem Einfluß auf die Regierungsbildung und die Maßnahmen der Regierung selbst abgesehen, zeigt die deutsche Verfassung und die praktische Handhabung derselben viele Fälle, wo**

**die letzte Entscheidung beim Reichspräsidenten**

liegt. Vor allem ist es hier der Paragraph 48 der Verfassung, auf Grund dessen der Reichspräsident eine geradezu diktatorische Gewalt besitzt, wenn er seine verfassungsmäßigen Rechte rücksichtslos zu gebrauchen gewillt ist. Raten wir uns hier die Zeit des Ermächtigungsgesetzes in das Gedächtnis zurück wo unter Einwirkung der Hochtuitation der Reichstag sich selbst ausgeschaltet hatte und die Exekutive vollständig in den Händen der Regierung und letzten Endes in der Hand des Reichspräsidenten lag. Was wäre wohl aus den Resten der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten geworden, wenn hier neben einer klassischen Regierung ein robuster Vertreter des Hochkapitalismus das Amt eines Reichspräsidenten inne gehabt hätte? Gerade des Besitzes des Paragraphen 48 sollte jedem Arbeiter, Angestellten und Beamten erspornen, mit allen Mitteln dafür besorgt zu sein, daß ein Mann aus dem Volke in das Haus des Reichspräsidenten einzieht.

Man soll auch nicht glauben, daß der Einfluß des Reichspräsidenten auf die Wirtschaftsführung gering anzuschlagen ist. Der große Vorrang, den die Wirtschaft in der Nachkriegszeit auf das Staats- und Gesellschaftsleben zu seinen Gunsten verschoben hat, spiegelte sich auch in den Entscheidungen und Verordnungen des Reichspräsidenten wieder. Viel mehr als es der Laie ahnt, war hier eine Entscheidung von höchster Stelle vonnöten. Weil dies so ist, muß auch der zukünftige Präsident des Deutschen Reiches

**eine freiheitliche Wirtschaftspolitik,**

**die sich auf die breiteste Mehrheit des Volkes und Angestellten stützt, zu fordern in der Lage sein. Dessen müssen wir bei der Wahl eingedenk sein.**

Für die Gewerkschaftsbewegung, die sich auf eine freie Wirtschaftsgestaltung stützen muß, ist der Ausgang der Reichspräsidentenwahl von allergrößter Bedeutung. Das verdeutlichste, was die Arbeiterschaft in diesem Zusammenhang beachten kann, ist Stimmenzersplitterung. Durch Lauheit und Untätigkeit ist schon viel verspielt. Die Arbeiterklasse muß ihre Stimmen auf einen ernstbesten Arbeiterkandidaten vereinigen. **Es ist an der Zeit. Verständnis dafür zu erwecken, daß ein Monarchist, ein Kandidat monarchistischer Parteien,** die mit oder ohne Monarchie die alten Privilegien, die alten Klassen-Sonderrechte erstreben, **nicht Oberhaupt des republikanischen Staatswesens sein darf.**

**Darum auf in den Kampf! Jede Stimme zählt! Verteidigt die Republik!**

## Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums.

Wie wir mit Rundschreiben Nr. 2 und durch einen Bericht im „Schuhmacher" Nr. 12 der Kollegenschaft bereits mitgeteilt haben, wurde nach den gescheiterten Lohnverhandlungen in Frankfurt a. M. seitens der Arbeitgeber das Reichsarbeitsministerium angerufen, welches nun am 20. März nach mehrtägigen Verhandlungen folgenden Schiedsspruch fällte:

Schiedsspruch.

1. Der Mindest Stundenlohn für einen männlichen Zeitlohnarbeiter über 21 Jahre in Ortsklasse I beträgt vom 30. März 1925 ab 66 Pfennig, für die übrigen Orts-, Alters- und Geschlechtsklassen festgesetzt nach den Bestimmungen des Hauptvertrages vom 28. Februar 1924.
2. Die Akkordlöhne sind dementsprechend und entsprechend den Bestimmungen des § 9 Abs. 4 des Hauptvertrages vom 28. Februar 1924 umzurechnen mit der Maßgabe, daß in den einzelnen Sparten für die Bemessung der Richtzahl der bestehenden Akkords die Verdienste der Arbeiter mittlerer Leistungsfähigkeit gelten.
3. Die bisher an Zeitlohnarbeiter gewährten Leistungszulagen dürfen auf diese Lohnerhöhung nur dann angerechnet werden, wenn die Leistung des betreffenden Arbeiters hinter derjenigen zurückbleibt, die der Ermittlung der Leistungszulage war.
4. Diese Lohnregelung findet sinngemäß Anwendung auf die Heimarbeiter.
5. Bezüglich der Vertragsdauer und der Kündigung gelten die bisherigen Bestimmungen des Hauptvertrages.
6. Die Parteien haben sich gegenseitig und dem Schlichter gegenüber über die Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches bis zum 28. März 1925, mittags 12 Uhr, zu erklären. Die Nichtabgabe einer Erklärung gilt als Ablehnung.

Die Verbandsinstanzen werden zu diesem Schiedsspruch umgehend Stellung nehmen und wird dann der Kollegenschaft sowohl durch Rundschreiben als auch durch den „Schuhmacher" sofort Bescheid und nähere Anweisung zugehen.

## Reallohn und Teuerungsindex.

Wenn der Arbeiter, Beamte oder Angestellte heute z. B. eine Reichs- oder Rentenmark empfängt, kann er bekanntlich nicht soviel dafür kaufen, wie vor dem Kriege, weil die Preise durchwegs höher sind als im Jahre 1914. Daraus rührt der Unterschied zwischen Nominallohn und Reallohn. Der Reichs- oder Rentenmark ist in ihrer Gestalt in Papier oder Silber Nominallohn. Die Ware, die ich für sie kaufen kann, stellt erst den Reallohn dar. Um den Reallohn festzustellen, ist es also nötig, ihn mit den veränderten Warenpreisen in Beziehung zu setzen. Das geschieht bei uns durch den sogenannten Lebenshaltungsindex, der durch das Reichsstatistische Amt auf Grund von Erhebungen in den sogenannten Eildienstgemeinden festgestellt wird.

Der bisher veröffentlichte Index gab die tatsächliche Teuerungsverhältnisse nur ungenau wieder. Außerdem konnte der mit seiner Hilfe errechnete Reallohn nicht richtig sein, weil das Reichsstatistische Amt Vorkriegslöhne, gewöhnlich Tariflöhne, annahm, die schon aus dem Grunde niedriger als die tatsächlich vor dem Kriege gezahlten Lohne sein mußten, weil die meisten Arbeiter im Akkord arbeiteten und Ueberstunden leisteten. Es ergab sich also die Notwendigkeit einer genaueren Feststellung der Vorkriegslöhne und der Schaffung eines Lebenshaltungsindex, der der gegenwärtig enorm verteuerten Lebenshaltung des Arbeiters, Beamten und Angestellten besser entspruch und sich auf genauere Feststellungen des Vorkriegspreise stützte. Die Untersuchung der Vorkriegslöhne ist bis jetzt noch nicht abgeschlossen. Wir wollen hoffen, daß die Beendigung der Arbeit nicht noch Monate auf sich warten läßt, da anscheinbar der in jeden Preise drückenden Lohnkonflikte eine Durchleuchtigkeit der Lohnverhältnisse mehr als je geboten ist. Der neue Teuerungsindex ist dagegen bereits für den Monat Februar veröffentlicht worden. Er beträgt 135,6, während der alte Index auf 125,1 berechnet wurde. Es ergibt sich also ein Unterschied von 10,5 Punkter, um die der Reallohn nach der alten Methode zu niedrig berechnet wurde. Der bisherige Zustand war also eine Zahlenmäßchung über den tatsächlichen Lohn. Auch der neue Index hat so viele Mängel, daß er die tatsächlichen Teuerungsverhältnisse und den tatsächlichen Reallohn nur höchst unvollkommen wiederzeigt. Vielmehr wird die Kaufkraft unserer Mark, d. h. die künstliche Teuerung bei uns durch das, wenn auch nicht durch Zahlenreihen gestützte richtigere Gefühl wiedergegeben, daß wir, wenn wir eine Reichsmark besitzen, tatsächlich nur für zirka 0,50 ℳ Kaufkraft in den Händen haben.

Einer der großen Mängel des neuen Index ist, daß er nur einmal im Monat veröffentlicht werden soll. Wir vermuten darin eine Konzession an die großen Unternehmerverbände, die vor langem diesen Wunsch aussprachen, weil die Preisverhältnisse stabil geworden sind und eine häufigere Veröffentlichung nur Beunruhigung in die Massen tragen würde. Es ist bedauerlich, daß man dem Verlangen nachgekommen ist. Man hätte wenigstens solange, wie wir in Deutschland keine normale Preisbildung haben und der Kampf um das Preisniveau tobt, es bei der wöchentlichen Veröffentlichung belassen sollen.

Ueber die vorgenommenen Veränderungen in der Berechnungsmethode des Lebenshaltungsindex teilen wir folgendes mit: In erster Linie ist die zugrundegelegte Ration der Normalfamilie bedeutend erhöht worden. Zu den bisher vorhandenen (elementaren) Bedarfsgruppen (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) treten Ausgaben für Verkehr und „Sonstiges". Dafür (Sonstiges) wurde ausgewählt: Körperpflege: Toilettenseife, Handtuch, Haarschneiden, Rasieren; für Reinigung: Waschseife, Soda, Stiefelwichse, Scheuertuch; für Bildung und Unterhaltung: Zeitungen, Bücher, Bleistifte, Besuch eines Kinos. Zur Erfassung der Verkehrsausgaben wurde von festen Durchschnittszahlen ausgegangen, von denen je ein Drittel die Ausgaben für Eisenbahn, Straßenbahn und Fahrrad darstellen. Bei seiner Entscheidung ließ sich das Statistische Amt von dem Grundsatz leiten, daß bei einer kritischen Betrachtung Wert darauf zu legen ist, ob der einer methodischen Grundlage der Prozentualanteil der einzelnen Bedarfsgruppen an den gesamten Lebenshaltungskosten mit den tatsächlichen Verhältnissen übereinstimmt, so daß jede Gruppe bei dem Zustandekommen der Gesamtindexziffer den Einfluß auf deren Höhe ausübt, der ihr zukommt. Zur dicke Nachprüfung bezüglich der Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse hat sich das Amt der Haushaltsrechnungen vom Jahre 1907 bedient, des zwar die deutsche Statistik bevorzugtesten amtlichen Materials, das ihm zur Verfügung stand. Nachstehende Uebersicht zeigt den prozentualen Anteil der einzelnen Ausgabengruppen an der Gesamtlebenshaltung, in der Vorkriegszeit und nach dem alten Index:

| Ausgabengruppe | Haushaltsrechnungen alter Index | Neuberechnung |
|---|---|---|
| Ernährung | 53,35 | 56,11 | 54,77 |
| Heizung u. Beleuchtung | 4,96 | 7,04 | 6,55 |
| Bekleidung | 10,16 | 13,37 | 10,05 |
| Wohnung | 19,15 | 23,48 | 20,35 |
| Verkehr | 1,44 } 12,98 | —— | 3,07) |
| Sonstiger Bedarf | 11,54 } | —— | 6,21) 9,28 |

Die einzelnen Anteile scheinen uns wenig den tatsächlichen Verhältnissen zu entsprechen. Klar und deutlich geht das aus dem Anteil der bösen Ernährungskosten und den Kosten für Bekleidung hervor. Letztere dürften, verglichen mit dem Anteil nach den Haushaltsrechnungen, wohl nicht den wirklichen Verhältnis wiedergeben. Für die künftige Berechnung des Reallohns insbesondere ist es wichtig zu wissen, daß in die neue Berechnung die Ausgaben für Steuern und soziale Abgaben nicht einbezogen sind. Die künftige Reallohnberechnung denkt man sich im Statistischen Reichsamt so, daß man Steuern und Versicherungsbeträge abzieht und den Rest dann mit Hilfe der Lebenshaltungsindexziffer auf die Kaufkraft umrechnet. Die neue Feststellung der Vorkriegspreise machte die Durchprüfung von ungefähr 6500 Warenpreisen nötig.

Die Neuaufstellung der Ernährungsration ist so vollzogen worden, daß die bisherige Ernährungsration durch Neuaufnahme von Butter, Wurst und einer Anzahl Genußmittel und Gewürze (Kaffee, Kakao, Salz), ferner durch Verdoppelung der Fleischration, Erhöhung der einbezogenen Anzahl Eier, Vermehrung der Milchration eine Erweiterung erfuhr. Dagegen auf der anderen Seite die bisher reichlich bemessenen Brotverbrauchszahlen für Brot und Kartoffeln herabgesetzt. Bessere Qualitäten wurden bei Brot, Fleisch und Käse durch anteilmäßige Berücksichtigung von Weizenbrot, Hammelfleisch, Halbfettkäse erzielt. Anteile von Roggenmehl und Weizenmehl.

Im Vergleich zu der bisherigen Berechnungsgrundlage bedeutet die Abänderung der Ernährungsration eine Zunahme der Kalorien um etwa 2 Prozent und des Eiweißgehaltes um fast 20 Prozent. Die qualitative Verbesserung der Erhebungsgrundlage für Bekleidungsstoffen erfolgte durch Angabe neuer hochwertiger Stoffmuster für die Erhebungsstellen. Ferner hat man den durch die Mode gebotenen Aenderungen Rechnung getragen.

## Der Lohn des russischen Industriearbeiters.

(Von Prof. Dr. Schwarz.)

Einen charakteristischen Zug der Lohnverhältnisse in Rußland bildet die große Spanne zwischen den tariflichen Sätzen und den tatsächlichen Verdiensten der Arbeiter. Die weitverbreitete Akkordarbeit macht es möglich, daß die Arbeiter wesentlich mehr als den Tarifsatz verdienen. Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des russischen Arbeiters muß man daher nicht seinen Tarifsatz, sondern seinen tatsächlichen Verdienst beachten. Weiter unten stützen wir uns daher ausschließlich auf die Statistik der tatsächlichen Arbeitsverdienste.

Die letzte Nummer (1921 Nr. 7—9) der amtlichen russischen Arbeiterstatistik bringt Angaben über die tatsächlichen Monatsverdienste der in den industriellen Großbetrieben beschäftigten Arbeiter. Diese erreichten im August 1924 d. i. der letzte Monat, für den man überhaupt Angaben findet)

| | |
|---|---|
| in der Metallindustrie durchschnittlich | 41,15 Rubel |
| in der Textilindustrie durchschnittlich | 32,97 „ |
| in der Bergbauindustrie durchschnittlich | 30,90 „ |
| in der Lederindustrie durchschnittlich | 51,05 „ |
| im graphischen Gewerbe durchschnittlich | 64,09 „ |

Um diesen Artikel nicht zu belasten, bringe ich keine Zahlen für die übrigen Industriezweige. Es sei nur erwähnt, daß der durchschnittliche tatsächliche Monatsverdienst in der russischen Großindustrie überhaupt im August 1924 28,46 Rubel erreicht hat, in Moskau und Leningrad (Petersburg) allerdings wesentlich mehr und zwar 56,21 bzw 52,72 Rubel.

Diese Spanne zwischen den Arbeitsverdiensten in den beiden Hauptstädten einerseits und denen im Durchschnitt des Landes andererseits ist nur zu einem geringen Grade durch höhere Lebenshaltungskosten in den ersteren zu erklären. Maßgebend sind hier vielmehr politische Motive: man will eben die Arbeiterschaft in den Hauptstädten besonders günstig und zufrieden stellen bis die Verhältnisse günstiger erscheinen lassen als sie tatsächlich sind. In den zwei Hauptstädten ist daher nicht nur der Nominallohn (um 47,3 resp. 37,1 Proz.), sondern auch der Reallohn höher als im Durchschnitt des Landes und zwar in Moskau um 23,4, in Leningrad um 26,7 Proz., wobei der Durchschnitt des Landes selbst durch die höheren Arbeitsverdienste in den zwei Hauptstädten wesentlich beeinflußt ist. Der Unterschied zwischen den Arbeitsverdiensten in den zwei Hauptstädten und denen in der Provinz ist somit noch bedeutender und erreicht wohl die Höhe von 30 bis 35 Proz.

So lagen die Verhältnisse im August 1924. Für die weiteren Monate besitzen wir noch keine genauen Zahlen. Wir wissen nur, daß im September und Oktober die tatsächlichen Verdienste der Industriearbeiter etwas gestiegen, dann aber etwas gefallen sind, so daß in Moskau z. B., soweit man die Verhältnisse auf Grund neuester Angaben beurteilen kann, der durchschnittliche tatsächliche Arbeitsverdienst denjenigen von August 1924 um etwa 1½ bis 2 Proz. übersteigt.

Um die Bedeutung der angeführten Zahlen dem deutschen Leser anschaulich zu machen, bringen wir noch Angaben über Lebenshal-

tungskosten. Diese Angaben besitzen wir allerdings nur für Moskau. Wenn man sich aber eine richtige Vorstellung von der Lage der Moskauer Arbeiter bildet, so kann man sich auch über diejenige in der Provinz orientieren: hier sind die realen Verdienste der Arbeiter etwa um ein Viertel geringer. Die Lebenshaltung ist entsprechend niedriger.

Der Moskauer Arbeiter verdiente im August 36,24 Rubel; heute verdient er wohl etwas über 37 Rubel pro Monat; das ist in deutscher Währung (1 Rubel gleich 2.16 ℳ) etwas über 123 ℳ, oder pro Woche (1 Monat gleich 4½ Wochen) etwa 28,50 ℳ. Wie sind hier aber die Lebenshaltungskosten?

Vor allem die Lebensmittel. Wir bringen hier Zahlen aus der wirtschaftsamtlichen „Ekonomitscheskaja Jisn", die jede Woche die Preise der wichtigsten Lebensmittel auf den Moskauer Märkten veröffentlicht. Unsere Zahlen beziehen sich auf den 26. Januar („Ek. J." vom 27. Januar) und sind von uns in deutscher Währung und für deutsche Maßeinheiten umgerechnet:

| | | |
|---|---|---|
| 1 Pfund | Roggenbrot (schwarz) | 15,8 Pfennig |
| 1 „ | Roggenbrot (halbweiß) | 23,8 „ |
| 1 „ | Weizenbrot | 35,6 „ |
| 1 „ | Weizenmehl | 42,2 „ |
| 1 „ | Zucker (Kaffinade) | 84,5 „ |
| 1 „ | Streuzucker | 66,6 „ |
| 1 „ | Salz | 13,3 „ |
| 1 „ | Molkereibutter 3 Mk. | 08,6 „ |
| 1 „ | Rindfleisch | 65 „ |
| 1 „ | Astrachaner Heringe | 87,1 „ |
| 10 Stück | Eier 1 Mk. | 68,4 „ |

Mit Ausnahme von Fleisch sind die Preise der Lebensmittel in Moskau durchweg höher, meist bedeutend höher als in Berlin und auch sonst in Deutschland. Was das Fleisch anbetrifft, so ist zu beachten, daß die auffallend niedrigen Fleischpreise durch die schwere Mißernte zu erklären sind, die den Bauer zwingt, das völlig abgemagerte Vieh zu Schleuderpreisen zu verkaufen. Die Qualität des Fleisches ist dementsprechend auch sehr minderwertig.

Die Lebenshaltungskosten in Moskau sind also für Lebensmittel sicherlich wesentlich höher als in Berlin. Wie steht es aber mit den anderen Ausgabenposten?

Die Bekleidung: Am 9. Januar wurden auf den Moskauer Märkten folgende Kleinhandelspreise der Textilwaren (pro Meter) notiert („Ek. J." vom 10. Januar 1926):

| | |
|---|---|
| Kattun | 97,2—140,4 Pfennig |
| Satin | 194,4—259,2 „ |
| Barchent | 162,0—216,0 „ |
| Flanell | 205,2—259,2 „ |
| Mobapolam | 151,2—183,6 „ |

Also auch hier durchweg alles wesentlich teurer als in Deutschland, durchschnittlich wohl wenigstens um 100 Prozent. Die Preise der fertigen Kleider sind relativ noch höher.

Das Schuhwerk: Die Moskauer „Zeitung für Handel und Gewerbe" vom 13. Januar veröffentlicht folgende Kleinhandelspreise für handwerksmäßige Markware (die Preise der Fabrikware sind höher):

| | |
|---|---|
| Herrenschuhe aus Chromleder | von 26.06— 43.20 ℳ |
| Herrenschuhe aus Chevreauleder | „ 58.32— 75.60 „ |
| Damenschuhe aus Chromleder | „ 32.40— 54.00 „ |
| Damenschuhe aus Chevreauleder | „ 43.20— 75.60 „ |
| Stiefel aus Chromleder | „ 64.80— 86.40 „ |
| Stiefel aus ausländischem Chromleder | „ 86.40—108.00 „ |
| Einfache Stiefel aus einem Leder niedriger Qualität, wie man es in Deutschland kaum gebraucht | „ 43.20— 54.00 „ |

Die Preise sind auch hier wesentlich höher als in Deutschland, durchschnittlich sicherlich mehr als um 200 Prozent.

Weniger als in Deutschland gibt allerdings der russische Arbeiter für die Wohnung aus. Aber auch hier ist der Unterschied, wenn man nicht die Miete allein, sondern auch die Ausgaben für Wasser, Beleuchtung und Beheizung berücksichtigt, bei weitem nicht so groß, wie es häufig behauptet wird. Vor einem Jahre wurde in Moskau eine eingehende Untersuchung der Wohnverhältnisse der Arbeiter vorgenommen; diese hat ergeben, daß der Posten Wohnung (mit Beheizung u. a.) 16 bis 20 Prozent des Arbeiterhaushaltes ausmacht („Trud" vom 9. Mai 1926), also kaum viel mehr als in Deutschland. Dabei sind aber die Wohnverhältnisse der Moskauer Arbeiter mit denen in Berlin nicht zu vergleichen, obwohl auch diese letzteren, wie bekannt, bei weitem nicht als musterhaft zu betrachten sind.

Abschließend muß ich also sagen, daß die Lebenshaltungskosten in Moskau — bei gleichem Lebensniveau — bedeutend höher sind, als in Deutschland. Wir werden sicherlich nicht zu pessimistisch (für Moskau) urteilen, wenn wir die Lebenshaltungskosten in Moskau um 50 Prozent höher einschätzen, als in Berlin. Um mit dem Berliner Lohn in seiner realen Bedeutung vergleichbar zu sein, muß daher die für Moskauer Lohn gewonnene Zahl von 28.50 ℳ pro Woche wenigstens um ein Drittel, d. h. bis auf 19 ℳ gekürzt werden. Nun ist die Lage der Berliner Arbeiter sicherlich noch sehr schwer, schwerer als vor dem Kriege, schwerer auch als in den meisten Ländern Mittel- und Westeuropas. Der Moskauer Arbeiterdienst ist aber wenigstens um ein Drittel geringer als der des Berliner Arbeiters, der reale tatsächliche Verdienst des industriellen Arbeiters in der russischen Provinz ist noch viel niedriger.

## Volkswirtschaftliches.

### Konjunktur-Beobachtung.

Das Komitee des Völkerbundes und des internationalen Arbeitsamtes hat beschlossen, zur Vereinheitlichung der hauptsächlichsten Indexberechnungen die Wirtschaftsbarometer der amerikanischen Universität Harvard sowie von London und Cambridge zu wählen.

### „Belastung" durch Sozialversicherung.

Von Unternehmerseite wird zurzeit die breite Oeffentlichkeit sehr irreführt durch Zahlen, die beweisen sollen, wie unerträglich die Soziallasten für die deutsche Wirtschaft seien. Mit 1¼ Milliarden Mark jährlich würde die deutsche Wirtschaft durch die Sozialversicherung belastet. Jetzt hat es der Hauptverband deutscher Krankenkassen unternommen, einmal durch Erhebung festzustellen, wieviel der einzelne Unternehmer eigentlich „belastet" ist. Und da stellt es sich heraus, wie überaus gering die Ausgaben für Sozialversicherung im Verhältnis zu dem Gesamtumsatz eines Betriebes sind.

Es ergab sich, daß bei 71 Betrieben, die zusammen 39.438 Personen (470 Personen in Betrieb) beschäftigen, die gesamte sozialversicherungsmäßige Belastung sich auf 1,96 v. H. des Gesamtumsatzes beläuft. Es sind hier eingerechnet die Kosten der Angestellten-, Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung und der Erwerbslosenfürsorge. Auf die Sozialversicherung allein entfielen 1,81 v. H. des Gesamtumsatzes. Aus ihren Beiträgen hatten davon die Versicherten selbst 0,898 v. H. aufzubringen, so daß als Arbeitgeberanteil noch 0,71 v. H. gleich rund ½ des Gesamtumsatzes verblieben. Rechnet man noch die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge hinzu, so erhöht sich diese Ziffer auf 0,89 v. H. gleich ½ des Gesamtumsatzes. Wenn man dem die Belastung der Betriebe etwa durch die Umsatzsteuer entgegenhält, die mit 1,5 bis 2,5 v. H. des Umsatzes anzusetzen ist, so ergibt sich, daß auf den Unternehmer ein verhältnismäßig außerordentlich geringer Betrag für soziale Zwecke entfällt.

## Sozialpolitik und Volksernährung.

Der Hohenheimer Professor E. G. Dresel forderte in seiner in der Kölner „Sozialpolitischen Vierteljahresschrift" jüngst erschienenen Arbeit „Sozialpolitik und Verarbeitungslehre", daß die Volksernährung zur besonderen Aufgabe der Sozialpolitik gemacht werden soll. Statt der Einengung der Sozialpolitik soll eine Ausweitung der Zukunftsaufgaben erfolgen, die sich vor allem auf die zweckmäßige Leitung der Volksernährung erstrecken soll. Aus seiner Begründung dieser Forderung soll folgendes hervorgehoben werden: „Neue Forschungen machen es immer wahrscheinlicher, daß das Fehlen lebenswichtiger Stoffe in den Nahrungsmitteln zu Störungen der inneren Sekretion und damit zu Beeinträchtigungen der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit führen können. Es ergibt sich die unabweisliche Forderung, daß neben den heute vorzugsweise durch sozialpolitische Maßnahmen getroffenen Arbeitsbedingungen und verhältnissen die Volksernährung künftighin in ganz anderem Ausmaß unter sozialpolitischen Gesichtspunkten zu behandeln sei. Die früher bei der Landbevölkerung instinktiv geschehene richtige Auswahl der Nahrungsmittel besteht für einen großen Teil der Industrie-

> Ein hoher Arbeitslohn vermehrt den Fleiß der großen Masse. Der Arbeitslohn ist das Reizmittel des Fleißes, und wie jede andere menschliche Eigenschaft wird der Fleiß größer, je mehr Reizmittel ihn antreiben. Reichliche Nahrung vermehrt die körperliche Stärke des Arbeiters, und die tröstliche Hoffnung, seine Lage zu bessern und seine Tage vielleicht in Behagen zu beschließen, bewegt ihn, diese Stärke aufs äußerste zu betätigen. Deshalb sehen wir, daß allenthalben, wo der Lohn hoch ist, die Arbeiter tätiger, fleißiger, anstelliger sind als da, wo er niedrig ist. Adam Smith.

bevölkerung heute nicht mehr. Die Auswahl richtig zu treffen, ist für viele einzelne heute unmöglich. Doch handelt es sich nicht nur um die Frage der richtigen Auswahl, sondern in weiterem Sinne vor allem um das Problem, die notwendigen Nahrungsmittel auch preiswert jedem einzelnen anzubieten, d. h. auch die Erzeugung muß künftighin unter solchen Gesichtspunkten beeinflußt werden."

Den Folgerungen Professor Dresels, die er aus dem Zusammenhang von Sozialpolitik und Verarbeitungslehre zieht, kann man voll beipflichten. Wie können aber die notwendigsten Nahrungsmittel in der kapitalistischen Wirtschaft einem jeden zu billigen Preisen zur Verfügung gestellt und wie kann die Produktion zur billigen Erzeugung solcher Nahrungsmittel gezwungen werden? Auf diese Frage bleibt der jedem Sozialismus und jeder Sozialisierung feindliche Professor die Antwort schuldig.

## Gewerkschaftliches.

### Zu Paul Umbreits Redakteurjubiläum.

Ein um die Gewerkschaftsbewegung außerordentlich verdienstvoller Mann konnte am 16. März auf eine 25jährige Angestelltentätigkeit zurückblicken: Paul Umbreit trat am 16. März 1900 in die Redaktion des Korrespondenzblattes der Generalkommission, unserer deutschen, vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebenen „Gewerkschafts-Zeitung", ein.

Seine offizielle Tätigkeit in der Generalkommission nahm Umbreit am 1. April auf, nachdem Karl Legien das vorhergegangene Jahrzehnt das Blatt geleitet hatte. In der ersten von Umbreit gezeichneten Nummer des Korrespondenzblattes, das von da an 16 Seiten stark erscheinen sollte, begründete Legien diese Tatsache als einen neuen Abschnitt in der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Wie die Generalkommission um ihre Anerkennung, so hatte auch ihr Blatt um seine Existenz zu kämpfen. Erstlich (1891) erschien das Korrespondenzblatt in einer Auflage von 400 Exemplaren die Generalkommission mußte dafür Exemplare für Nummer sage und schreibe bare 26 Mark ausversichern, aber wie die Gewerkschaftsbewegung sich festigte, so stiegen auch die Auflage und die Bedeutung des Korrespondenzblattes für den Gewerkschaftskampf.

Als für den Posten des Redakteurs Paul Umbreit gewählt war, zählten die Gewerkschaften noch keine 700.000 Mitglieder, es darf der Genosse Umbreit sich zum großen Teil als Mitverdienst anrechnen, wenn heute die deutschen Gewerkschaftsmitglieder nach Millionen zählen.

Das Wirken Umbreits an dieser Stelle umfaßt ein bedeutsames Stück der deutschen Arbeiterbewegung. Wenn man die Jahrgänge des „Korrespondenzblattes" von dem ersten schmalen Bändchen bis zu den dickleibigen Jahrgängen kurz vor dem Kriege und die „Gewerkschafts-Zeitung" nur flüchtig ansieht, so findet man ein umfassendes Material über die gesamte Arbeiterbewegung und ihren immer steigenden Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung. Der langsame sichere Aufstieg des deutschen Proletariats, seine Klassenkämpfe und sein Bildungsstreben, seine Rolle im internationalen Proletarierkampf spiegelt sich in den Bänden wieder.

Unsere heutige „Gewerkschafts-Zeitung" ist natürlich weit über den Rahmen eines „Informationsorganes" hinausgewachsen, sie ist heute das bedeutendste Gewerkschaftsblatt der Welt. Umbreit erwarb seine großen Kenntnisse durch fleißige Arbeit, er wuchs mit der Bewegung in seiner Betätigung als Redakteur und Gewerkschaftsführer. Einzig in ihrer Art innerhalb der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist die Gewerkschafts-Zeitung. Sie steht im Vorkampf für die Arbeiterinteressen auf allen Gebieten, anfeuernd und vor allen Dingen schulend und belehrend.

Paul Umbreit war der geborene Redakteur für das Blatt. Er verfügt über ein Wissen und Können, wie man es nicht oft findet. Wenn sein Name in den Tagesspalten auch nicht oft genannt wurde, so hat er doch die deutsche Gewerkschaftsbewegung beeinflußt und ihr Werde gewiesen, wie nur wenige neben ihm.

Wir verbinden mit unseren aufrichtigen Glückwünschen zu seinem Jubiläum die Hoffnung, den Genossen Paul Umbreit noch viele Jahre auf seinem Posten zu sehen und den Tag zu erleben, daß die deutsche Arbeiterschaft aus dem, was er ihr zu lehren stets bestrebt gewesen, die Einsicht als Verbedingung ihrer wirtschaftlichen Macht wieder zu erkennen vermag.

## Mitteilungen.

### Dresden.

Die Zahlstelle Dresden nahm in einer sehr stark besuchten Versammlung zu den verflossenen Lohnverhandlungen Stellung und nahm einstimmig nachstehende Entschließung an:

Die am 17. März tagende Besammlung der Dresdner Schuhmacher betrachtet das Verlangen der Arbeitgeber-Organisationen für die Schuhwarenerzeugung, bei den Zentralen-Lohnverhandlungen in Zukunft nur die Mindestlöhne festzusetzen als einen unberechtigten Angriff auf die durch den Reichstarifvertrag geschaffenen und bisher üblichen Rechte.

Seit Bestehen des Reichstarifvertrags wurde von vielen Fabrikanten wiederholt der Beweis geliefert, daß das soziale Verständnis für eine gerechte Festsetzung der Akkordlöhne nicht vorhanden ist. Nur durch die zentralen Lohnregelungen wurde die Arbeiterschaft der rückständigen Betriebe vor den größten Nachteilen geschützt. In anbetracht der Tatsache, daß durch den Reichstarifvertrag die Pflicht der Leistung von Akkordarbeit besteht, muß, falls die zentrale Regelung für die Ueberverdiener fortfällt, ein größerer Schutz für eine gerechte Entlohnung der Akkordarbeiter eingeführt werden.

Durch die Anrufung des Reichsarbeitsministeriums, von seiten der Arbeitgeber, ist die Aussicht einer Regelung, durch welche die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft berücksichtigt werden, sehr gering. Aus diesem Grunde verpflichten sich die Anwesenden für einen lückenlosen Ausbau des Zentralverbandes der Schuhmacher zu wirken, damit eine stärkere Macht gegen rücksichtslose Unternehmer der Kampf geführt werden kann.

### Köln.

Vor dem Kriege bestanden in Köln sechs Schuhfabriken mit rund 700 Beschäftigten. Wie in fast allen Orten machte sich auch in Köln nach dem Kriege das Grundwasserbedürfnis bemerkbar und hatten wir 1923 27 Betriebe mit 2000 Arbeitern. Im Laufe des Jahres 1924 kam ein großer Rückgang, so daß am Schlusse desselben nur noch 13 Betriebe mit rund 1800 Arbeitskräften vorhanden waren. In diesen verbliebenen Betrieben besteht zum Teil noch Kurzarbeit oder sind eine sehr unbeständige Arbeitszeit. Durch Schließung der Betriebe ist bedeutende Arbeitslosigkeit. Durch Schließung der Betriebe ist bedeutende auch keine Aussicht daß nur ein Teil derselben wieder eröffnet ist eine große Zahl Kollegen arbeitslos und sind dieselben in absehbarer Zeit nicht unterzubringen. Trotzdem finden wir immer wieder in den verschiedensten auswärtigen Zeitungen Arbeitsgesuche hiesiger Firmen. Diese Kollegen sollen zum Teil dazu gebraucht werden, die Lücken zu füllen und die Löhne zu drücken. Auch sind die Lebens- und Wohnungsverhältnisse sehr teuer und machen es einem fremden alleinstehenden oder verheirateten Kollegen fast unmöglich, hier zu existieren. Insbesondere ist das bei Kurzarbeit vollständig ausgeschlossen. Um die Kollegen vor Enttäuschungen zu bewahren, ersuchen wir bei Arbeitsangeboten nach hier erst bei der Ortsverwaltung anzufragen.

### Schmölln i. Thür.

Bei der Firma Pabst, Wiesitz & Co. bestehen in der Akkordarbeit verschiedenen wegen Einführung der Akkordarbeit. Bei eventuellen Arbeitsnachweisen wird gebeten, sich erst bei der Ortsverwaltung in Schmölln zu erkundigen.

## Landeslohntarifvertrag für die Provinz Sachsen.

Für die Provinz Sachsen ist ein neuer Landestarifvertrag zustande gekommen. Der Stundenlohn beträgt ab 21. März 1925:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| in der 1. Ortsklasse | Lohnklasse I | 60 ₰ | in der 2. Lohnklasse | | 56 ₰ |
| „ „ 2. „ | „ | 1 57 ₰, | „ „ 2. „ | | 52 ₰ |
| „ „ 3. „ | „ | 1 54 ₰, | „ „ 2. „ | | 49 ₰ |
| „ „ 4. „ | „ | 1 51 ₰ | „ „ 2. „ | | 46 ₰ |

Diese Stundenlöhne sind zu zahlen ohne Unterschied des Alters.

## Landestarif für Großthüringen

### mit Einschluß des Stadt- und Landkreises Erfurt sowie Nordhausen.

Dieser Vertrag wurde seitens der Reichsarbeitsverwaltung für allgemeinverbindlich erklärt.

Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 8. Februar 1925.

Die Bezirksverwaltung.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Vom 22. März bis 28. März 1925 ist der 13. Beitrag fällig.

### Betrifft Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung.

Köthen in Sonnabend, den 28. März. Pünktliche Einsendung ist unbedingt nötig. Später als bis 6. April einsendende Meldungen sind wertlos. Bedingung ist rechtzeitige Erledigung und sofortige Absendung.

### Haushaltungsstatistik.

Der erste Berichtsbogen ist für die Woche vom 29. März bis 4. April bestimmt. Vorher darf keine Aufnahme erfolgen. Die Bogen sind laufend numeriert; außerdem ist für jeden Tag der entsprechende Datum vorgedruckt. Die beigefügten Zählerbogen sind genau zu beachten und die Anweisungen aufzubewahren, um sie im Bedarfsfalle nachlesen zu können.

### Antrag der alten Reichsbanknoten.

Alle Reichsbanknoten, die vor dem 11. Oktober 1924 angefertigt worden sind (Hundertmark), vertieren mit dem Ablauf des 5. Juni 1925 ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel. Bis zum 5. Juni 1925 können diese Noten noch bei allen Kassen der Reichsbank unbeschränkt eingeliefert werden. Die Noten werden nicht durch eine Reichsmark ersetzt. Wir ersuchen nun die sozialen und Ortsverwaltungen, etwaige Bestände nicht etwa an die Hauptkasse einsenden, sondern diese Papiergeldscheine vorher bei der Reichsbank gegen Reichsmark umzuwechseln oder bei den öffentlichen Kassen der Bahn und Post in Zahlung zu geben.

Nürnberg, den 21. März 1925. Der Vorstand.

## Anzeigen


**Sportschuhfabrik** mit Abteilg.: **Flexibel-Sandalen-Fabrikation**, mit modernsten Maschinen und Hilfsmitteln ausgestattet, sucht

**tüchtigen Berarbeiter**

mit guten Maschinen-Kenntnissen des Goodwear-Rahmensatzes, der bei zufriedenstellender Tätigkeit Einstellung als Werkmeister erwarten kann. Ausführl. Bewerbungen mit Beifügung von Lichtbild und Zeugnisabschriften unter **F. 16** beförd. die Expedition dieses Blattes.

**Perf. Schäftemacher und Zuschneider**

zu sofort gesucht.

**Prohaska, Schwerin i. M.**

**MODELL-WIMMER** Schuhkonfektionszirkel, Fachschriften zum Modellieren. Selbstunterricht. Liste 5 kostenlos.

**H. Franke, Arlern 11.**

**Burg bei Magdeburg**

**Lokal-Sterbekasse**

Gültig ab, die Marke Feld 164.

Der letzte Sterbefall ist durch Inserat bekannt gemacht worden und mußte bezahlt werden. An Irrgeld waren in Durchschnitt 12 Sterbefälle pro Jahr. Da der betreffende Sterbefall auch durch Bekanntmachung der Toten erfolgt, wurden wir, wenn es ohne Kosten nicht abgeht, oft darüber peinlichen müssen. Auswärtige Sterbefallsmitglieder sollen durch diese Hinweise an die Bezahlung der Beiträge erinnert werden.

Tüchtiger, perfekter

**Lackappen-Reparateur**

für sofort gesucht.

**Schuhfabrik Rheinland A.-G. Barmen**

**Tüchtiges**

**Handüberholer u. Zwicker**

sucht bald **Stellung**. Offerten an **Carl Hasler, Dresden-A.**, Stefanienstraße 37, part. rechts).

**E. Vögtle, Berlin N. 54**

**Lothringer Straße 83**

Generalvertretung der Firma Johannes Franz Göbner, Tanningen, für Berlin, Brandenburg, Pommern und Mecklenburg.

**Amtliche Vorlagen für Bau- u. mechan. Arbeit.**

Spez.: Echt Schwedische Meßer, Marke „Perfekt".

Engrosverkaufsstelle für Schuhmacherbedarf — Schuhleisten-Fabrikat Sommerda.

**Spezial-Modellfachschule**

**J. Krüner, Bamberg** (Bayern) Heiligegrabstraße 58

**praktische Ausbildung von Modelleuren für die Schuhindustrie**

Prof. Modell-Graduiermaschinen, sowie sämtliche Handmaß, die zum Modellieren gehören, sind vorrätig. Prospekt gratis — Prima Referenzen. — Bei Anfragen Rückporto beifügen.


Druck: Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei G. m. b. H. Nürnberg. — Verlag: Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands (o. Einen), Nürnberg, Scharrerstraße 2.